

Frankfurter Allgemeine

Rauchverbot in Frankreich Adieu, fumée!

Wie so oft in Frankreich ist von oben verfügt worden, was für den Bürger gut ist. An diesem Donnerstag tritt eines der schärfsten Rauchverbote in ganz Europa in Kraft. Widerständler bekommen Nikotin-Pflaster geschenkt.

01.02.2007, von Michaela Wiegel, Paris

Aufmüpfige bekommen Nikotin-Pflaster geschenkt. Wie so oft in Frankreich ist von oben verfügt worden, was für den Bürger gut ist. Deshalb führt Frankreich von diesem Donnerstag an eines der strengsten Rauchverbote in Europa ein. Das hat Premierminister Dominique de Villepin so entschieden, ganz allein, ohne parlamentarische Konsultation oder „partizipative“ Debatten, wie sie die sozialistische Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal so schätzt. Der Regierungschef setzte sich mit dem Gesetzesdekret über mögliche Widerstände der Tabaklobby und der Verbraucher hinweg.

Fortan muss jeder mit einer Geldbuße von 68 Euro rechnen, der sich eine Zigarette in einem öffentlich zugänglichen Gebäude anzündet - also in privaten Unternehmen, Behörden, Schulen, Bahnhöfen oder Flughäfen. Den Gebäudeverwaltern droht bei Verstößen eine Geldbuße von 135 Euro. Ausnahmen werden nur in Haftanstalten, Krankenhäusern, Hotels und Seniorenheimen erlaubt. Das Rauchverbot gilt dort auch für das Personal. Invalide und Hotelgäste dürfen weiter rauchen, aber nur hinter verschlossenen Türen. Häftlinge in rauchdichten Zellen sind ebenfalls von dem Verbot ausgenommen.

Raucherkabine mit Dunstabzug

Wer davon träumt, in einer typischen Pariser Brasserie ein gutes Mahl mit einem Café und einer Zigarette ausklingen zu lassen, muss sich mit seiner Reise in die französische Hauptstadt beeilen. Denn das Rauchverbot tritt für Cafés, Restaurants und Diskotheken zum 1. Januar 2008 in Kraft. Die Gauloise kann dann höchstens noch in einer speziellen Raucherkabine mit zugelassenem Dunstabzug geraucht werden.

Das autoritäre Vorgehen haben die Franzosen dem Premierminister nicht übelgenommen, wie Umfrageinstitute herausfanden. 78 Prozent der Befragten bewerten das Rauchverbot als positiv. „Ich bin davon völlig überrascht worden. Das zeigt, wie stark sich die Mentalität in den vergangenen zehn Jahren gewandelt hat“, sagt Francis Caballero, einer der französischen Pioniere im Kampf gegen die Tabakindustrie. Der Anwalt, der beim amerikanischen Verbraucheranwalt Ralph Nader arbeitete, strengte 1999 den ersten Prozess gegen vier Tabakkonzerne an im Namen einer Krankenkasse. Mit der Klage machte er auf den Zusammenhang zwischen Tabakkonsum, Raucher-Krankheiten und steigenden Gesundheitsausgaben aufmerksam.

Anreize für Raucher

Diese erste Klage gegen die Tabakindustrie wurde zurückgewiesen. Ein anderes Verfahren läuft noch. Caballero will den Tabakproduzenten weiter nachweisen, wie sie jahrelang die

möglichen Folgen des Tabakkonsums verharmlosten. Ein Einzelkämpfer ist er schon lange nicht mehr. Die staatlichen Krankenkassen sehen im Tabakkonsum einen Grund für die kaum steuerbare Kostenexplosion. Gesundheitsminister Xavier Bertrand war einer der Ersten, die ein umfassendes Rauchverbot einforderten.

Das Verbot wird begleitet von Anreizen für Raucher, den Zigaretten zu entsagen. Die Krankenkassen erstatten ein Drittel der Kosten für Raucherentwöhnungskuren. Private Unternehmen haben begonnen, ihren Mitarbeitern Entwöhnungsprämien bis zu 500 Euro zu zahlen, wenn sie mit dem Rauchen aufhören. Premierminister Villepin nannte das Beispiel des Kosmetikkonzerns L'Oréal, der seinen Mitarbeitern Entwöhnungskuren finanziert. „Das Rauchverbot ist vielleicht für einige schwierig, aber wir werden schnell von seiner Wirkung auf die Volksgesundheit überzeugt werden. Das Verbot bringt unser Land auf den rechten Weg.“

„Das wird sich auf den Tourismus auswirken“

Die Konföderation der 30.000 französischen Tabakhändler sieht das ganz anders. Ihr Generalsekretär, Pascal Montredon, der in Nîmes ein Café mit Tabakverkauf betreibt, fürchtet nicht nur hohe Umsatzeinbußen. „Nichtraucher und Raucher werden unnötig gegeneinander aufgebracht, ihr tolerantes Miteinander wird in Frage gestellt“, sagt Montredon. Die Raucher würden bald wie Aussätzige behandelt. „Ich hätte mir einen versöhnlicheren Weg in der Gesundheitspolitik gewünscht.“

In vielen Dörfern drohten die Cafés zu schließen, weil ihnen die rauchenden Kunden davonliefen. „Das wird sich irgendwann auch auf den Tourismus auswirken“, sagt der Generalsekretär. Die Regierung hat der Konföderation weitere Hilfen versprochen, um die Umsatzeinbußen auszugleichen. So hat auch die Tabakhändler-Vereinigung erst einmal darauf verzichtet, weitere Proteste zu organisieren.

Quelle: F.A.Z., 01.02.2007, Nr. 27 / Seite 7